



Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Donnerstag, 20. Januar 2011, 20.30 Uhr

Landesbischof Dr. Johannes Friedrich, Leitender Bischof der VELKD

**Der religiöse und kulturelle Pluralismus –
eine Herausforderung für den sozialen Zusammenhalt in Europa**

Vortrag in Mailand am 20.1.2011

Beim Interkulturellen Abend in der Chiesa Cristiana Protestante di Milano
Im Rahmen der Reise der Kirchenleitung der VELKD 2011

Sehr verehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich den Veranstaltern des heutigen Abends von Herzen danken für Ihre Einladung und für die Gelegenheit, dieses wichtige Thema zu besprechen. Denn wichtig ist unser Thema – in Deutschland wie in Italien und praktisch in allen anderen europäischen Ländern.

Es wird Sie nicht überraschen, dass ein Lutheraner – noch dazu ein Lutheraner, den seine Kirche in eine Leitungsaufgabe berufen hat – beim Stichwort „religiöser Pluralismus“ zunächst an die Geburtsstunde seiner Kirche denkt: an den 25. Juni 1530. An diesem Tag trug Philipp Melanchthon im Namen der lutherischen Fürsten und Reichsstädte vor Kaiser Karl V. und dem versammelten Reichstag in Augsburg das grundlegende Bekenntnis der lutherischen Kirche vor, das so genannte Augsburger Bekenntnis oder die Confessio Augustana. Indem der Kaiser trotz aller gegenteiligen Befürchtungen zunächst die Verlesung zuließ und dann eine Art vorläufige Duldung des lutherischen Glaubens im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ verkündete, hatte das, was mit Luthers Thesenanschlag vom 31. Oktober 1517 begonnen hatte, erstmals eine, wenn auch noch unsichere, staatsrechtliche Anerkennung erhalten.

Zugleich war damit die Einheit der christlichen Kirche in Deutschland zerbrochen. Zwar betonte Melanchthon immer wieder, wie viel den Lutheranern an dieser Einheit gelegen sei. Sie hofften darauf, dass man sich über die strittigen Fragen doch noch einigen werde, etwa auf einem ökumenischen Konzil. Aber vorläufig und, wie sich zeigen sollte, bis heute, gab es nicht mehr das eine Kirchtum in Deutschland, sondern mehrere Kirchen. Der religiöse Pluralismus, der Deutschland seitdem kennzeichnet, war geboren.

Ich sagte: Es gab mehrere Kirchen. Denn der Reichstag in Augsburg war nicht nur im Blick auf die Lutheraner eine Stunde des religiösen Pluralismus. Wenige Tage nachdem Melanchthon 1530 das Augsburger Bekenntnis dem Kaiser überreicht hatte, legten die Theologen der vier Reichsstädte Memmingen, Lindau, Konstanz und Straßburg ihr eigenes Bekenntnis vor, das „Vierstädtebekenntnis“ oder die „Confessio Tetrapolitana“, die sich vom Bekenntnis Melanchthons in manchem abhob. Nochmals ein paar Tage später folgte Huldreich Zwingli aus dem – damals noch zum deutschen Reich gehörigen – Zürich mit seiner „Fidei Ratio ad Carolum Imperatorem“, seiner „Begründung des Glaubens für Kaiser Karl“, letztlich ein re-

formiertes Bekenntnis. Und die „Altgläubigen“, die man später Katholiken nennen sollte, legten alsbald ihre „Confutatio“ vor, die ausführliche Darlegung ihrer Glaubensüberzeugung.

Das klingt fast, als wäre damals so etwas wie eine allgemeine Religionsfreiheit ausgebrochen. Aber Augsburg ist nicht Washington. Die „Bill of Rights“, die in ihrem ersten Zusatz zur amerikanischen Verfassung individuelle Religionsfreiheit garantiert, lag 1530 noch 259 Jahre in der Zukunft. Das alte Deutsche Reich ertrug religiösen Pluralismus nur sehr eingeschränkt. Nach heftigen Kämpfen einigte man sich zunächst 1555 darauf, dass es in den einzelnen Territorien des Reichs jeweils eine einheitliche „Religion“ geben sollte, die der jeweilige Landesherren bestimmte. Das Wort „Konfession“ für die einzelnen christlichen Bekenntnisse wurde erst später üblich.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg legte man dann im Frieden von Münster und Osnabrück fest, dass im Reich drei staatlich zugelassene Konfessionen zugelassen waren: die katholische, die lutherische und die reformierte. Weiterhin galt in der Regel: „in einem Territorium nur eine Konfession“ und zwar die des „Staatsoberhauptes“ („cuius regio eius religio“). So konnte man etwa vom „katholischen Bayern“ und vom „lutherischen Württemberg“ sprechen.

Aber immerhin: Es gab religiösen Pluralismus in Deutschland insofern, als das Reich und die einzelnen Staaten die Existenz der drei Konfessionen nicht antasten durften. Selbst ein Gelehrter wie Montesquieu aus dem zentralistischen Frankreich hat bei seiner großen Deutschlandreise 1728/29 die Ausgewogenheit der Reichsverfassung und die weitgehende Selbständigkeit der Einzelterritorien anerkannt und bezeichnete Deutschland als „République fédérative d'Allemagne“, also als „Bundesstaat Deutschland“.¹

Der religiöse Pluralismus in anderen europäischen Staaten war wesentlich geringer. So war die Lage der Reformierten in Frankreich zunächst unsicher, bis es dann mit der Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 zu einem Verbot und zu blutigen Verfolgungen kam. Spanien erstickte den Protestantismus im Keim. In den skandinavischen Ländern war das Luthertum Staatsreligion, Katholiken war zeitweise sogar der Aufenthalt verboten. In Russland galt das Gleiche für die Orthodoxie. Dort verfolgte man ab 1666 die Altgläubigen, die sich der Liturgiereform des Metropoliten Nikon widersetzten und nannte sie abwertend „Raskolniki“, also „Abspalter“. Die Lage der Protestanten in Italien vor 1848 muss ich Ihnen nicht beschreiben.

Doch trotz des relativen Pluralismus in Deutschland gab es zwei religiös-politische Fragen, die ungelöst blieben. Ein Scheitern, das uns im Nachhinein mit Bedauern, ja mit Scham erfüllen muss.

Da war einmal die Lage der Christen, die keiner der anerkannten Konfessionen angehörten, also etwa die „Täufer“ oder Baptisten. Diese Gemeinschaften galten als „Sekten“, waren staatsrechtlich verboten und wurden teilweise – leider auch von Männern unserer Kirche – grausam verfolgt. Ihnen blieb letztlich, wenn sie überleben wollten, nur die Auswanderung in die englischen Kolonien in Amerika und später in die USA.

Das andere beschämende Thema war die Situation der Juden. Ihre Existenz wurde in den Friedensverträgen von Augsburg 1555 und von Münster 1648 nicht einmal erwähnt. Dabei gab es Juden in Deutschland wenigstens seit dem frühen Mittelalter. In den wiederkehrenden Verfolgungen des späten Mittelalters – etwa der um 1350 – wanderten viele deutsche Juden

¹ Vgl. „Die Zeit“ vom 30.12.2010.

nach Osteuropa aus. Doch schon der Name „Aschkenasim“ verwies auf die deutsche Herkunft, denn Deutschland war nach rabbinischer Lesart das Land des Aschkenas, eines Urenkels Noahs. War die Zahl der Juden in Deutschland zeitweise auch klein, Gemeinden wie etwa die in Frankfurt am Main bestanden durch die Jahrhunderte.

Weder das Reichsrecht noch die Theologie der drei herrschenden Konfessionen hatte Platz für christliche Abweichler und Juden. Das ging soweit, dass noch der große jüdische Denker Moses Mendelssohn, als er 1743 von Dessau nach Berlin kam, am Tor verzollt wurde. Nach der Überlieferung hatte „der Jud Moses“ in Berlin für sich den gleichen Zoll zu zahlen wie der ihm vorausgehende Bauer für sein Schwein.

Was das Unverständnis der christlichen Theologie für das Judentum betrifft, hat sich daran auch nach der so genannten „Judenemanzipation“ am Anfang des 19. Jahrhunderts nichts Wesentliches geändert. Ich will hier nicht reden von den ungezählten antijüdischen Äußerungen christlicher Theologen. Absolut verräterisch ist aber, dass man noch im 20. Jahrhundert in der Wissenschaft vom Neuen Testament meinte, bei der Suche nach dem „historischen Jesus“ die Worte Jesu als die „ipsissima vox“, also als die ganz echten Worte Jesu, herausdestillieren zu können, die keine Parallelität im Judentum haben. Ich selbst habe dies in meiner Doktorarbeit noch getan. Obwohl das nicht zwingend notwendig wäre – und das ist aus heutiger Sicht doch sehr problematisch –, wurden dann aber oft alle Worte Jesu, die aus dem Judentum seiner Zeit hergeleitet werden konnten, als „unjesuanisch“, also dem „echten“ Jesus nicht zugehörig, angesehen.

Theologisch wird man urteilen müssen, dass die christlichen Kirchen bis vor wenigen Jahrzehnten ihre innere Verwandtschaft mit dem Judentum entschieden gezeugnet haben.

Um 1960 galt für die meisten europäischen Staaten also folgendes: Es gab einen gewissen religiösen Pluralismus aufgrund der Mehrzahl der christlichen Konfessionen. In Deutschland als dem Mutterland der Reformation war dieser Pluralismus besonders ausgeprägt. Das Verhältnis der großen Kirchen untereinander allerdings war stark von Abgrenzung bestimmt, wengleich es seit den Anfängen der ökumenischen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und insbesondere durch die ökumenischen Erfahrungen im Dritten Reich zu etlichen Annäherungen gekommen war. Einen wesentlichen Schub erlebte dieser Aufbruch durch das 2. Vatikanische Konzil, das in Deutschland begeistert aufgenommen wurde.

Die kleineren christlichen Kirchen und das Judentum kamen aber kaum in den Blick der Großkirchen. Einen christlich-jüdischen Dialog gab es vor 1933 nur in seltenen Ausnahmefällen. Nach 1945 hatte das durch die Schoa nahezu ausgelöschte europäische Judentum wenig Grund, in diesen Dialog einzutreten. Gar nicht im Blick war der europäische Islam. Bosnien, Kosovo, der Sandschak, Bulgarien, Albanien und Russland – alles Länder mit einer autochthonen muslimischen Bevölkerung – lagen hinter dem „Eisernen Vorhang“. Man hörte wenig und interessierte sich wohl auch wenig dafür, wie es den Muslimen unter kommunistischer Herrschaft ging, ein Schicksal, mit dem die Muslime nicht alleine standen. Das Interesse des Westens an den Menschen, die hinter dem Eisernen Vorhang lebten, war ausgesprochen wenig ausgeprägt. Das gilt selbst für das Interesse an den christlichen Kirchen dort. Schlimmer noch: Es ging mit der Zeit auch das Bewusstsein verloren, dass diese Länder und die Menschen dort zu Europa gehörten.

Heute hat sich die Situation radikal verändert. Nicht nur, dass der „Eiserne Vorhang“ gefallen ist – es gibt auch kein europäisches Land mehr, in dem nicht wenigstens eine kleine muslimische Minderheit wohnte. Selbst in Island gibt es unter 297.000 Einwohnern 321 Muslime.

Ich nenne ein paar Zahlen aus einer Berechnung des Ökumenischen Rates der Kirchen:

Für Italien werden 58 Millionen Einwohner genannt, darunter 988.000 Muslime oder 1,7 %. In Großbritannien sind 7,4 % der Einwohner Muslime, in Frankreich 10 %. Insgesamt gibt es in Europa unter Einschluss der europäischen Teile Russlands, aber ohne den europäischen Teil der Türkei, 45,7 Millionen Muslime, davon haben – das ist die große Überraschung dieser Statistik – 59 % eine Tradition, die weiter als 500 Jahre zurückreicht. Nur 41 % der europäischen Muslime kommen also aus der Migration der letzten Jahrzehnte. Der bodenständige Islam in Europa – allein 10 Millionen Muslime leben im europäischen Teil Russlands – ist eine Realität, die man spätestens seit dem Untergang von Österreich-Ungarn mit seiner muslimfreundlichen Gesetzgebung nicht mehr wahrgenommen hat.

Nun ein etwas genauerer Blick auf die derzeitige religionssoziologische Situation in Deutschland. Es gibt in unserem Land laut der letzten Statistik 24,9 Millionen katholische und 24,2 Millionen evangelische Christen, das sind im ersten Fall etwas mehr, im zweiten etwas weniger als 30 % der Bevölkerung. Dazu kommen etwa 350.000 Mitglieder evangelischer Freikirchen und 1,2 Millionen orthodoxe Christen. Deutschland zählt inzwischen wieder – vor allem aufgrund der Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion – 200.000 Juden, von denen aber nur etwas mehr als die Hälfte einer jüdischen Gemeinde angehören. Großes gesellschaftliches Aufsehen wecken etwa 4 Millionen Muslime in Deutschland. Dazu kommen kleinere Gruppen von Buddhisten und Hindus und immerhin mehr als 17 Millionen Menschen, die sich keiner Religion zugehörig fühlen. Das ist tatsächlich das Bild eines religiösen und aufgrund der vielfältigen Herkunftsländer auch eines kulturellen Pluralismus.

Auf diese Situation waren wir in Deutschland trotz der Tatsache, dass es im Land seit der Reformation verschiedene christliche Kirchen gab, in kultureller, aber auch in religiöser Hinsicht nicht ausreichend vorbereitet. Gerade war der christlich-jüdische Dialog – zunächst vor allem auf den Kirchentagen – erst allmählich in Gang gekommen, da standen wir schon vor der Herausforderung des Zusammenlebens mit den Muslimen. Ab 1989 verstanden wir bald, dass der Atheismus unseren Landsleuten in der DDR nicht nur von oben verordnet, sondern durch 40 Jahre lange Praxis auch in den Köpfen der meisten Menschen Realität geworden war. Dort war eine neue Form der Religionslosigkeit entstanden. Kurz gesagt: Der klassische Atheist weiß, woran er nicht glaubt, er kennt also die Religion, von der er sich absetzt. Die Religionslosen des neuen Typs kennen keine Religion mehr, von der sie sich abgrenzen könnten. Inzwischen ist die neue Religionslosigkeit nicht mehr nur ein Phänomen der „neuen Bundesländer“. Es ist eher so, dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands deutlich wurde, was sich auch im Westen längst angebahnt hatte. Dazu kommt, dass auch da, wo das Wort „Religion“ einen positiven Klang hat, die Verbindung zwischen Religion und Institution viel schwächer geworden ist.

Kein Zweifel: Der religiöse und kulturelle Pluralismus ist eine enorme Herausforderung, sowohl für die Politik wie für die christlichen Kirchen Europas.

Überlegungen wie die Frage, ob Juden, Christen und Muslime an denselben einen Gott glauben, helfen uns hier nicht weiter. Diese Fragen mögen im Dialog der drei monotheistischen Religionen eine wichtige Rolle spielen. Der amerikanische Rabbiner Daniel S. Katz, der zurzeit die Gemeinde in Weiden leitet, meint allerdings zu Recht: „Die Idee, dass wir miteinander in einen Dialog kommen sollen, weil wir alle denselben Gott haben, finde ich aus zwei Gründen nicht überzeugend. Erstens bin ich nicht sicher, ob alle Menschen wirklich denselben Gott haben, weil diverse Religionen ganz verschiedene Vorstellungen über Gottes Natur und Wesen haben. Zweitens glaube ich, dass diese Bedingung irrelevant ist, weil darin implizit

die These liegt, dass wir, wenn wir nicht denselben Gott hätten, auch keinen Bedarf an Dialog hätten.“²

Der zweite Punkt ist in unserem Zusammenhang entscheidend: Der Glaube an Gott – unabhängig davon, ob dieser Glaube Menschen verschiedener Religionen wirklich oder nur fiktiv eint – darf nicht dazu führen, dass eine neue Grenze errichtet wird: hier die Welt des Glaubens und dort die Welt des Unglaubens; hier Gott und dort die Gottlosigkeit. Oder: Hier die wahre Religion und dort nichts als Götzendienst. Diese Spaltung war die große Versuchung der westeuropäischen Christenheit in der Zeit des Kalten Krieges. Man wollte oder sollte jenseits des Eisernen Vorhangs die pure Gottlosigkeit sehen und diesseits eine zwar sündige, aber doch im Grunde gläubige abendländische Welt. Unter dem Vorzeichen des Pluralismus gilt es erneut, der Versuchung zur Dichotomie, zur Spaltung der Welt, zu widerstehen. Mit Daniel Katz: Christen haben Bedarf an Dialog – mit Juden und Muslimen, mit Buddhisten und Hindus, mit Atheisten und neuen Religionslosen. Keiner dieser Dialoge darf zu Lasten der jeweils anderen geführt werden.

Ich möchte die Herausforderung, vor die die heutige religiöse Situation Europas uns stellt, an vier Punkten zeigen.

1. Wir haben jedem *Versuch der politischen Instrumentalisierung der Religion* entgegenzutreten.

In einer Stadt, die im 20. Jahrhundert Bischöfe hatte wie Achille Ratti (Papst Pius XI.), Giovanni Battista Montini (Papst Paul VI.) oder den verehrten Carlo Martini, darf ich als Beispiel für diesen Widerstand die Geschichte eines katholischen Bischofs erzählen. Léon-Etienne Duval war von 1954 bis 1988 Erzbischof von Algier. Er, der aus der Gegend von Annecy in den französischen Alpen stammte, verschrieb sich ganz seinem Auftrag in Nordafrika.

Nun führte die französische Republik bekanntlich seit den ersten Jahren von Duvals Amtszeit einen harten, ja unerbittlichen Krieg gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung. Man brauchte für diesen, wie für jeden Krieg, eine ideologische Begründung. Seit 1905 war der Laizismus mit seiner Parole „Religion ist Privatsache“ sozusagen die Staatsräson, vielleicht sogar die Staatsdoktrin Frankreichs. Also wurde der Algerienkrieg als ein Kampf für Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit dargestellt. Weil man aber mit den arabischen Algeriern alles andere als brüderlich umging und ihnen Gleichheit dezidiert vorenthielt, sprach man vom Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei oder vom Konflikt der Aufklärung mit dem Obskurantismus. Als das alles aber nichts helfen wollte und die französischen Truppen trotz aller Grausamkeiten ins Hintertreffen gerieten, griff auch das laizistische Frankreich auf eine religiöse Begründung des Krieges zurück. Nun interpretierte man den Krieg als Kampf für das Christentum und gegen den Islam. An dieser Stelle erhob Erzbischof Duval seine Stimme und erklärte deutlich und wiederholt: „Das Christentum kann nicht mit Waffengewalt verteidigt werden. Die Kirche hat einen Krieg gegen den Islam nie gewollt und will ihn auch weiterhin nicht.“

Die Reaktion seitens des Militärs und der Algerienfranzosen lässt sich leicht vorstellen: Man brandmarkte Duval als Verräter, behauptete, er sei von den Feinden Frankreichs gekauft, nannte ihn in der Presse „Erzbischof Mohammed Duval“, verlangte vom Papst seine Abberu-

² Begegnungen – Zeitschrift für Kirche und Judentum 3/2010.

fung – wozu weder Johannes XXIII. noch Paul VI. bereit waren. Im Gegenteil: Paul VI. erhob Duval 1965 zum Kardinal.

Nach der Unabhängigkeit Algeriens gehörte Duval zu der kleinen Gruppe von Franzosen, die sich dafür entschieden, im Land zu bleiben und die algerische Staatsbürgerschaft annahmen. Der wunderbare, beim letzten Festival in Cannes preisgekrönte, Film des Regisseurs Xavier Beauvois „Von Menschen und Göttern“, den ich vergangenen Samstag ansehen konnte und den ich sehr empfehlen kann, und der von diesem Konflikt in Algerien handelt, ist – neben seinem Bekenntnis zum Frieden zwischen den Religionen trotz aller Gewalttaten – auch eine Hommage an Menschen wie Léon-Etienne Duval.

Ich glaube an diesem Beispiel wird hinreichend deutlich, welcher Widerstand in Friedens- wie in Kriegezeiten von uns Christen gefordert ist.

2. Wir haben einzutreten gegen *die in Europa grassierende Islamfeindlichkeit*.

Sie alle wissen, dass vor etwas mehr als einem Jahr die Schweizer Bürger eine so genannte „Minarettinitiative“ angenommen haben, d. h. das Verbot des Baus von Minaretten mittels eines Zusatzes zur schweizerischen Verfassung. Bekanntlich fand die Initiative in den größeren Städten, in denen es islamische Gemeinden gibt, keine Mehrheit, wohl aber in ländlichen Gebieten, wo man Islam und Muslime nur vom Hörensagen kennt. Das ist ein deutlicher Hinweis, dass Islamfeindlichkeit letztlich eine Angst vor dem Unbekannten ist. Diese Vermutung bestätigt sich auch in Ostdeutschland.

Seit einigen Jahren formiert sich auch in Deutschland unter der Überschrift „Islamkritik“ eine neue Islamfeindlichkeit. Sie organisiert sich rund um Internetportale wie „Politically incorrect“ oder „Achse des Guten“ und äußert sich unentwegt in Briefen an Politiker und Kirchenleute wie in Demonstrationen. Es gibt im deutschen Strafgesetzbuch seit 1960 den § 130, der die „Aufstachelung zum Hass gegen Teile der Bevölkerung“ unter Strafe stellt. Seit 1994 ist auch die Leugnung des Holocaust durch einen weiteren Absatz des gleichen Paragraphen verboten.

Jüngst bezeichnete ein „Islamkritiker“ in einem Brief an den Islambeauftragten meiner Kirche den Volksverhetzungsparagrafen als „lächerlich“, weil er klar gegen die in der Verfassung garantierte Meinungsfreiheit verstoße.

Als Kennzeichen der so genannten „Islamkritik“ möchte ich nennen:

Zunächst einen allgemein gegen alle Muslime gerichteten Täuschungsverdacht. Unter Berufung auf das schiitische Konzept der „taqiyya“ – also die Erlaubnis, bei Gefahr für Leib und Leben den eigenen Glauben zu verleugnen – wird den Muslimen unterstellt, sie würden zur Erreichung ihrer Ziele bedenkenlos lügen und ihre Mitmenschen täuschen. Damit ist ein echter Dialog – sei er nun interkulturell oder interreligiös – sinnlos.

Dann sind die „Islamkritiker“ Anhänger eines radikalen „Essentialismus“. Sie lesen etwa den Koran oder die Sammlungen der Prophetenworte – also die „Sunna“ des Propheten –, greifen einige besonders harte Zitate heraus und erklären, dies sei die eigentliche „Essenz“, das unveränderliche Wesen des Islams. Ein Beispiel: Sure 4,34 erlaubt es dem Mann, seine widerpenstige Frau zu schlagen. Ein Muslim, der trotzdem für die Gleichberechtigung der Geschlechter und ein partnerschaftliches Verständnis der Ehe eintritt, würde nach essentialistischem Verständnis entweder seine Mitmenschen täuschen oder er hätte sich innerlich bereits

vom Islam gelöst. Der „Essentialismus“ ist für seine Anhänger außerordentlich bequem. Er erlaubt es ihnen, über den Islam zu urteilen, ohne wirklichen Kontakt mit dem gelebten Glauben und dem alltäglichen Leben der Muslime aufzubauen.

Schließlich nenne ich ein letztes Argument: der Islam strebe nach der Weltherrschaft. Auch wenn man dies bei einzelnen islamistischen Vertretern zu spüren meint: Für „den Islam“ trifft das nicht zu. Wer die Geschichte des Antisemitismus kennt, weiß, dass dieses Argument eine lange Geschichte hat. Der ganze Wahnsinn dieses Arguments wird klar, wenn man bedenkt, dass die Nationalsozialisten den Juden Streben nach Weltherrschaft auch dann noch vorwarfen, als sie längst selbst ein weltumspannendes Imperium aufbauen wollten. Bekanntlich sah man in Berlin bereits die kommende „Welthauptstadt“.

Die eher primitiven Formen der Islamkritik wurden in den letzten Monaten ergänzt durch die Debatte, die der ehemalige Finanzsenator von Berlin, Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ ausgelöst hat. Gingen die Eliten in Deutschland zunächst klar auf Abstand zu Sarrazin, so folgte später wieder eine mehr oder weniger vorsichtige Annäherung nach dem Motto: Sarrazin geht mit einigen seiner Thesen zu weit, aber viele seiner Argumente sind durchaus richtig. Indirekt kam ihm auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt zu Hilfe, der schon im Jahr 2005 gesagt hatte: „Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden“,³ und dies leicht modifiziert im Dezember 2010 in einer Sendung der Fernsehjournalistin Sandra Maischberger wiederholte.

Es gab in Deutschland schon vor Sarrazins Buch eine Auseinandersetzung um die Frage, ob die Islamfeindlichkeit eine zeitgenössische Form des Antisemitismus sei, ob also der alte Hass gegen die Juden sich lediglich ein neues Objekt gesucht habe. Verständlicherweise hat man vor allem auf jüdischer Seite vor allzu vorschnellen Gleichsetzungen gewarnt. Nun hat jüngst Micha Brumlik, der zwar kein offizieller, aber doch ein sehr markanter und wissenschaftlich ausgewiesener Vertreter des Judentums ist, sich zu Wort gemeldet. In seinem Artikel „Ist die Islamophobie der neue Antisemitismus?“ vergleicht er die Situation der jüdischen Zuwanderung nach Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts mit der heutigen Lage und urteilt, „dass es beim Nachweis der strukturellen Identität von damaligem Antisemitismus und heutiger Islamophobie nicht darum gehen kann, die damalige jüdische mit der heutigen muslimischen Immigration gleichzusetzen, sondern nur darum die Reaktionsmuster zu vergleichen ... Für eine Strukturidentität von Antisemitismus des späten Kaiserreichs und heutiger Islamophobie, für semantische Überschneidungen in den Äußerungen Treitschkes und Sarrazins und auch Helmut Schmidts liegen so viele Indizien vor, dass eine vergleichende wissenschaftliche Konvergenz ... nicht nur zulässig, sondern geradezu geboten war.“⁴

3. Wir sind aufgerufen, „mit Klugheit Differenz zu zulassen“.

Werner Schiffauer, von dem diese Formulierung stammt, geht mit Recht davon aus, dass es für jede Gesellschaft durchaus schwierig ist, Differenzen zuzulassen. Zu Recht haben Sie in Ihrer Themenformulierung für den heutigen Abend davon gesprochen, dass der religiöse und politische Pluralismus eine „Herausforderung für den sozialen Zusammenhalt“ darstellt. Natürlich: Verschiedene Sprachen und Kulturen, verschiedene geschichtliche Erfahrungen in einer Gesellschaft sind eine Bereicherung. Aber ethnische, sprachliche, kulturelle und nicht zuletzt religiöse Unterschiede in einer Gesellschaft enthalten auch Konfliktpotentiale, die zu leugnen naiv wäre. Deshalb gilt es, mit Klugheit Differenzen zuzulassen.

³ Focus-Online 11.6.2005.

⁴ Frankfurter Rundschau online 15.12.2010.

Ich möchte an dieser Stelle einen Blick werfen auf den Ausdruck „Parallelgesellschaft“, der in der Diskussion der letzten Zeit eine Art Drohwort, ein Synonym für soziale Desintegration, geworden ist. Das widerspricht, wie ich zeigen möchte, dem traditionellen deutschen Verständnis von Nation.

Seit Jahrhunderten lebten und leben vor allem in Osteuropa noch deutsche Minderheiten. Nehmen wir als Beispiel die Siebenbürger Sachsen, die schon im hohen Mittelalter in das Gebiet des heutigen Rumänien ausgewandert sind. Sie waren dort zeitweise Bürger des Osmanischen Reiches, später Österreich-Ungarns, noch später des Königreichs und schließlich der Volksrepublik Rumänien. Durch die Jahrhunderte und durch alle geschichtlichen Umbrüche haben sie ihre deutsche Sprache, ihre eigenen Sitten und vor allem auch ihr lutherisches Bekenntnis, das sie in der Reformationszeit angenommen hatten, bewahrt. Die Mehrheit der Bevölkerung in Siebenbürgen war zunächst ungarisch und damit reformiert, später gab es rumänischsprachige und orthodoxe Mehrheiten. Daneben gab und gibt es in Siebenbürgen auch griechisch-katholische Christen, Unitarier und bis zur Schoa auch große jüdische Gemeinden. Der spezifisch „sächsischen“, also deutschen, Kultur in Siebenbürgen hat das alles nichts anhaben können – bis zur massenhaften Auswanderung nach Deutschland nach dem Ende der Volksrepublik im Jahr 1990.

Die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland hat dieses Festhalten an einer deutschen Minderheitskultur im Ausland, das Leben in einer Parallelgesellschaft also, ausdrücklich gefördert. Einreiseberechtigt in Deutschland und automatisch deutsche Staatsbürger waren und sind bis heute nämlich auch Menschen, die weder in Deutschland geboren sind, noch jemals dort gelebt haben, die aber im Ausland am „deutschen Volkstum“ – so die vielleicht unübersetzbare Formulierung unserer Rechtssprache – festgehalten haben.

Warum, so frage ich, soll es gut sein, wenn Deutsche im Ausland an der deutschen Kultur festhalten, aber schlecht, wenn Türken in Deutschland an der türkischen Kultur festhalten? Voraussetzung dafür, dass Differenz zugelassen werden kann, ist nach meiner Überzeugung allerdings vor allem zweierlei: einmal die Anerkennung der für alle geltenden Gesetze in dem Land, in dem man leben will, zum anderen der gleichberechtigte Zugang aller zu den Bildungschancen der Gesellschaft – was bedeutet, dass man neben der Muttersprache die Landessprache in Wort und Schrift beherrschen muss.

Im Übrigen wird die Integration durch die gesellschaftliche Anerkennung der Herkunftssprachen und -kulturen gefördert, während die Forderung nach Gleichheit und kultureller oder religiöser Einheitlichkeit sowohl dem Geist unserer Verfassung wie dem Integrationsgedanken widerspricht.

4. Schließen möchte ich mit dem Punkt, der mir am wichtigsten erscheint: *Zusammenleben in einer pluralistischen Welt verlangt nach der Klärung der eigenen Identität.*

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der Debatte des letzten Herbstes etwa folgendes gesagt: „Das Problem ist doch nicht, dass wir in Deutschland zuviel Islam haben. Das Problem ist doch, dass wir zu wenig gelebtes Christentum haben.“

Ich verstehe diese Aussage als Eingeständnis, dass es in Deutschland – und wohl auch in unseren Nachbarländern – zu wenig geklärte religiöse Identität gibt. Unklare Identität aber, religiöse und kulturelle Verunsicherung, führt zu Abstoßungsreaktionen, möglicherweise auch zu Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie.

Es ist auffällig, dass Fragen wie „Soll der Islam in Deutschland verboten werden?“ oder „Soll bei Muslimen die freie Religionsausübung eingeschränkt werden?“ bei Meinungsumfragen in Ostdeutschland eine höhere Quote an Zustimmung bekommen als in Westdeutschland – wobei die Zustimmung auch im Westen erschreckend hoch ist. Dahinter steckt, dass in einer Gesellschaft, der die eigene religiöse Tradition fremd geworden ist, eine fremde und engagiert praktizierte Religiosität bedrohlich wirkt. Gerade deshalb trete ich für den interreligiösen Dialog ein. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern hat – wie auch andere Landeskirchen in Deutschland – schon vor zehn Jahren das Amt eines „Beauftragten für interreligiösen Dialog und Islamfragen“ geschaffen, der die Gemeinden beim Dialog vor Ort beraten und unterstützen soll.

Ich habe das Problem mit einem Zitat der Bundeskanzlerin benannt. Aber der Staat kann und darf den Christen hier nicht helfen. Er muss religiös neutral bleiben und sich aus der Debatte um die Inhalte der Religion heraushalten. Dennoch ist der interreligiöse Dialog, den Christen mit Muslimen, Buddhisten, Hindus führen, nicht nur ein kirchliches Anliegen. Dieser interreligiöse Dialog ist zugleich ein Dienst am Frieden und am Zusammenhalt in der Gesellschaft. Es ist der Auftrag der Christen, ihr ureigner Beitrag zum Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft, dass sie ihre eigene religiöse Identität immer neu bestimmen - auf den Wahrheitsanspruch des eigenen Glaubens und der eigenen Religion nicht verzichtend aber den anderen Religionen unpolemisch, freundlich, offen und dialogisch gegenüber tretend.

Friedrich-Wilhelm Marquardt, der im Jahr 2002 verstorbene Berliner Theologe, hat in seiner letzten Predigt gesagt: „Selbstbewusstsein und Weltoffenheit, Konzentration auf das Eigene und Aufgeschlossenheit für die Menschheit müssen sich doch nicht gegenseitig ausschließen, bei Juden nicht und bei Christen darum auch nicht. Eher im Gegenteil: Weltoffen können wir letztlich nur sein, wenn wir so im Eigenen verwurzelt sind, dass wir es gar nicht nötig haben, uns im Anderen zu verlieren und das vielleicht sogar noch schick zu finden.“

Hier liegt wohl der Schlüssel, wie wir in Europa der Herausforderung des religiösen und kulturellen Pluralismus begegnen können: wer um die eigene christliche Identität weiß, in seiner Tradition verwurzelt ist und die Vielfalt des Christentums aus eigener Anschauung kennt, kann auch offen sein für das Andere, mitunter Fremde anderer Religionen.

Weil das Christentum in Europa und erst recht weltweit so vielgestaltig ist, haben wir dafür doch sehr gute Voraussetzungen, weil uns in der Kenntnis unseres eigenen Glaubens die kulturelle Vielfalt und Vielfältigkeit, wie dieser sich ausdrücken kann, deutlich vor Augen steht. Das zeigt, dass zu differenzieren ist zwischen Religion und Kultur. Und dies gilt wie für das Christentum auch für den Islam und jede andere Religion.

Davon ausgehend nach Wegen und Möglichkeiten zu suchen, wie das Verständnis zwischen den Religionen in ihrer kulturellen Diversität herzustellen ist, halte ich für eine der wesentlichen Aufgaben unserer Kirchen dieser Zeit.